

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 40 Wfa. Reklamet 1.50 Wfa. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 3. März 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Wfa. 8.40 vierteljährlich. Postzugspreis Wfa. 8.10 ohne Postgeb.

## Der Fall Erzberger.

In der Montags-Verhandlung des Helfferich-Prozesses kam noch einmal der Erzberger'sche Vorstoß im Juli 1916 zur Sprache. Es wurden eine Reihe von Zeugen vernommen, unter ihnen der Reichsminister Sieberts, Minister David. Der Vorsitzende des Gerichtshofes faßt die Aussagen dahin zusammen, daß er den Vorstoß Erzbergers nicht als etwas betrachte, auf das die Regierung hätte gefaßt sein müssen. — Es kam noch die württembergische Einfuhrangelegenheit zur Verhandlung; Dr. Helfferich hatte dabei von „verwegenen Schiebergeschäften“ gesprochen. Die vernommenen Zeugen (u. a. die Minister Biesching und Baumann) sagten übereinstimmend aus, eine Einwirkung Erzbergers auf das Zustandekommen des Vertrags habe nicht stattgefunden. Die Beweisannahme wurde damit für gescheitert erklärt.

In seinem gestrigen Plädoyer führte Oberstaatsanwalt Krause u. a. aus: Der Prozeß ist ein eminent politischer, auch seine Folgen sind politischer Natur. Von vorgelegten Behörden, insbesondere von den Ministerien ist nicht die geringste Beeinflussung der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden. Zu der Sache selbst muß ich betonen, daß eine einheitliche fortgesetzte Handlung Dr. Helfferichs vorliegt, begangen, um Erzberger zu beleidigen. Die Beleidigungen richteten sich gegen Erzberger sowohl als Politiker, wie als Mensch. Der Oberstaatsanwalt kam dann auf die Einzelheiten zu sprechen. Im Falle Angèle könne er keinen Beweis für eine Verquickung politischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen erbringen. Im Falle Kowatsch müsse der Staatsanwalt als erwiesen ansehen, daß Erzberger in einer geschäftlichen Angelegenheit seinen politischen Einfluß geltend gemacht habe. Im Falle Anhydrit-Werke kommt der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß Erzberger Aktionär war. Im Falle Wolff sei der Beweis von Angeklagten nicht erbracht worden, ebenso im Falle Richter. In der Angelegenheit des Viehhandelsverbandes handele es sich um eine Art strafbaren Versuches. In der Angelegenheit „Sapag-Kitteln“ sei der Beweis der Verquickung nicht erbracht. Im Falle Dr. Dent bestehe jeder finanzielle Untergrund. Der Fall Trippe grenze an Korruption. Im Falle der Ein- und Ausfuhrbewilligung sei ein Zusammenhang zwischen der politischen Tätigkeit und den geschäftlichen Interessen Erzbergers nicht erwiesen.

Zum Schluß erklärte der Oberstaatsanwalt, der Beweis für die Behauptung der Verquickung von Geschäft und Politik seitens des Nebenklägers sei in einer Reihe von Fällen und damit überhaupt erbracht. — Den Fall Thyssen betrachtete der Oberstaatsanwalt bei Beginn seines Plädoyers nach 3 Gesichtspunkten. Anlässlich des Eintritts Erzbergers und des Austritts aus dem Thyssenzentrum kam er zu dem Schluß, daß man eine Verquickung von politischen und privaten Interessen nicht erkennen könne, dagegen betrachtete er im Falle der versuchten Uebereignung des Erzbedens von Biehl-Langweh an den Thyssenzentrum eine Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit als nachgewiesen. Als erwiesen mußte ferner angesehen werden der Nachweis einer Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit Erzbergers im Falle der Lieferung der Thyssenschen Schutzhülle nach Holland.

Aus dem Plädoyer des Oberstaatsanwalts sind noch die Ausführungen über Kapitalverschiebungen ins Ausland zu erwähnen. Die Geldsendungen Erzbergers seien keine Kapitalverschiebungen im eigentlichen Sinne, trotzdem unterliege ein solches Verfahren den größten Bedenken.

Von zuständiger Seite wird dem Südd. Korv.-Büro geschrieben: Im Prozeß Erzberger-Helfferich hat letzterer einen von der württ. Regierung abgeschlossenen Vertrag als „verwegenes Schiebergeschäft“ bezeichnet. Dieser Vorwurf verdient die schärfste Zurückweisung. Zur Aufklärung sei folgendes bemerkt: In der Zeit der Lebensmittelknappheit des vorigen Jahres suchte die württ. Regierung ausländischen Kredit zu möglichst günstigen Bedingungen. Diefem Zweck diente u. a. ein Vertrag, der am 31. Juli v. Js. mit einer Anzahl Schweizer und württembergischer Firmen abgeschlossen worden ist. Dieser Vertrag wurde alsbald den zuständigen Reichsbehörden, dem Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister vorgelegt. Er wurde vom Reichswirtschaftsminister in seinen Einzelheiten geprüft und genehmigt. Der Reichswirtschaftsminister überwacht auch seine Durchführung, die insbesondere die Beschaffung von Lebensmitteln in ganz erheblichem Wert für uns bedeutet. Die leichtfertige Art, mit der Herr Helfferich hier Bestrebungen, die lediglich dem Allgemeinwohl dienen, verächtlich zu machen sucht, verdient nochmals schärfste Zurückweisung.

## Erzbergers Fall.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: Wenn auch die Stellung Erzbergers so stark erschüttert ist, daß sein Verbleiben in der Reichsregierung auch von den 3 Koalitionsparteien für unmöglich gehalten wird, so besteht doch unter den Koalitionsparteien der feste Wille, auch weiterhin in voller Gemeinsamkeit an dem Wiederaufbau Deutschlands zu arbeiten.

## Zur äußeren Lage.

### Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas.

(W.B.) Paris, 2. März. Bertinax meldet dem „Echo de Paris“ aus London; die wirtschaftliche Abteilung des Obersten Rates habe Leitfäden aufgestellt für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas. In diesen Leitfäden komme zum Ausdruck, daß möglichst viel gepart werden müsse und daß die produktiven Grenzen so zu steigern seien, daß sie Größtmöglichstes ergeben. In den Leitfäden wird alsbald erklärt, daß Europa eine einzige wirtschaftliche Einheit darstelle. Die wirtschaftliche Produktion werde überall normal sein oder sie sei es nirgends. Es wäre deshalb notwendig, Deutschland und Rußland in Stand zu setzen, an der wirtschaftlichen Erhebung Europas mitzuarbeiten. Bertinax ist mit diesem letzten Wunsch nicht ganz einverstanden, denn er meint, Deutschland müsse verhindert werden, die Rolle zu spielen, die es vor dem Kriege gespielt und die es ihm ermöglicht habe, in Europa eine wahrhafte Hegemonie aufzurichten. — Der Berichterstatter des „Petit Journal“ aus London sagt, die Frage der Bewilligung langfristiger Kredite sei nicht gebilligt worden.

### Nationierung der Weltvorräte.

(W.B.) Amsterdam, 2. März. Laut „Ball Mail Gazette“ beabsichtigt der Oberste Rat, die Weltvorräte an menschenreichen Lebensmitteln und Rohstoffen unter Aufsicht zu nehmen, um eine billige Verteilung zu sichern.

### Zur Beurteilung der „Kriegsverbrecher“.

(W.B.) Amsterdam, 2. März. Laut „Telegraaf“ hat Lloyd George gestern im Unterhause über das Verfahren gegen die sogenannten „Kriegsmissetäter“ erklärt, die englische Regierung werde keine englischen Juristen nach Deutschland senden, sondern das Verfahren genau verfolgen. Obwohl Deutschland die Möglichkeit gegeben werde, Recht zu schaffen, verzichte die englische Regierung keineswegs auf ihr gleichartiges Recht.

### Kronprinz Rupprecht über die Auslieferungfrage.

(W.B.) München, 2. März. Hier wird jetzt die Zuschrift bekannt, die der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern am 25. Februar an die in Berlin zur Beratung der Auslieferungfrage verammelten Heerführer gerichtet hat. Es heißt darin: „Wenn ich mich am 9. September 1919 erboten habe, mich den früheren Feinden freiwillig zu stellen, geschah es nicht in Anerkennung eines den alliierten Mächten zustehenden Rechts, sondern in der Absicht, meinerseits alles zu tun, um die Heimkehr unserer gefangenen Kameraden nicht zu verzögern. Das Anerbieten ist damals nicht angenommen und nun gegenstandslos geworden. In dem Verlangen, daß ein deutsches Gericht Angehörige des eigenen Volkes unter fremder Aufsicht abzugeben hätte, liegt eine Mißachtung der Würde der deutschen Gerichte und des deutschen Volkes. Gewiß liegt es im Interesse aller Angeschuldigten, sich von den Vorwürfen zu reinigen, die gegen sie erhoben werden. Ebenso liegt es im Interesse der Ehre unseres Heeres und des Ansehens unseres Volkes, daß während des Krieges begangene gemeine Verbrechen oder Vergehen, die bisher noch nicht an das Tageslicht gekommen sind und deshalb nicht geahndet werden konnten, in vollster Öffentlichkeit von heimischen Richtern abgeurteilt werden. Es gilt aber das gleiche für alle Völker.“

### Aus der Nordmark.

(W.B.) Rendsburg, 3. März. 200 schleswig-holsteinische Vertreter des Provinzial-Landtages, der Landesversammlung, der Stände, des Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft, sowie Vertreter der Geistlichkeit, der Universitäten, der Vorstände aller politischen Parteien, des Schleswig-Holstein-Bundes, sowie des öffentlichen Lebens in Schleswig-Holstein haben heute in Rendsburg einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die in Rendsburg am 1. März 1920 versammelten Schleswig-Holsteiner verlangen von der Staatsregierung, daß sie an Schleswig-Holstein unverzüglich einen Erlaß erteilt, der die Sicherstellung der alten Freiheit des Landes in Verwaltung und Kultur sowie den Ausbau einer

möglichst weitgehenden Selbstverwaltung unter Zustimmung des Landes und nach demokratischen Grundfäden gewährleistet. Sie beauftragen den Bürgermeister in Rendsburg, den Abgeordneten Jansen und den Abgeordneten Nischel, diesen Antrag der Staatsregierung sofort zu unterbreiten und auf seine Annahme hinzuwirken. Diese Forderung sei das unerlässlichste gemeinsame Ziel des einigen u. unlöslich verbundenen schleswig-holsteinischen Landes.

\* Berlin, 3. März. Die dänische Propaganda in der zweiten norddeutschen Abstimmungszone wird, wie dem „Vorwärts“ aus Flensburg berichtet wird, unter Anspannung aller Kräfte betrieben. Es sei ein schwerer Kampf, der eben in der Nordmark ausgefochten werde, doch müsse er eine erdrückende deutsche Mehrheit bringen, weil nur dann eine gerechte Grenze kommen könne, die allein eine deutsche Irredenta in Dänemark zu verhindern vermöge. Gerade die Arbeiter, die in der zweiten Zone stimmberechtigt seien, hätten allen Grund, ohne Ausnahme zur Abstimmung zu kommen.

### Das Hilfswerk für Deutsch-Oesterreich.

(W.B.) Bern, 2. März. In der heutigen Sitzung des Nationalrats machte Bundesrat Schulthess die Mitteilung, daß die Vereinigten Staaten und England den Bundesrat zur Beteiligung an einer umfangreichen Hilfsaktion zu Gunsten Deutsch-Oesterreichs aufgefordert hätten. — Wie die Lausanner „Revue“ hierzu erfährt, ist der Bundesrat prinzipiell entschlossen, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, stellt jedoch zur Bedingung, daß die der Schweiz entstehenden Transportkosten und die von ihr ausgehenden Lebensmittelforderungen an Deutsch-Oesterreich auf die Schweizer Beteiligungsquote in Anrechnung gebracht werden.

### Das aussterbende Wien.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Wien Das Ergebnis der Volkszählung vom 31. Januar weist gegenüber der letzten Volkszählung vom Jahre 1910 für Wien einen Rückgang von ungefähr 400 000 Einwohnern auf. Außer den vielen im Kriege Gefallenen und an Seuchen Gestorbenen ist im letzten Jahre eine starke Zunahme der Sterblichkeit infolge des Hungers zu verzeichnen. Die Geburtenziffer in Wien ist schon seit dem neunten Kriegesmonat im Rückgang. Seit einigen Monaten herrscht ein wahrer Gebärtefieber.

### Ein Kongreß der Rote-Kreuz-Vereinigungen.

(W.B.) Genf, 3. März. Der Kongreß der Liga der Rote-Kreuz-Vereinigungen wurde gestern Nachmittag in Anwesenheit der Vertreter von 27 Ländern durch Sir Henry Davidson offiziell eröffnet. Nur drei der Liga angeschlossene Staaten sind nicht vertreten. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Professor William Rappard-Genf gewählt.

### Die Zukunft Besarabiens.

(W.B.) Haag, 2. März. Wie „Nieuwe Courant“ drahtlos aus London meldet, teilte Lloyd George im Unterhaus mit, der Oberste Rat habe mit dem rumänischen Premierminister über die Zukunft Besarabiens verhandelt. Die russische Sowjetregierung habe versucht, mit der rumänischen Regierung zwecks Regelung der besarabischen Frage und der Einleitung von Friedensverhandlungen in Verbindung zu treten. Die englische Regierung habe gegenüber Rumänien dieselbe Haltung eingenommen, wie gegenüber Polen und den Ostseestaaten.

## Ausland.

### Das Ende des französischen Eisenbahnerstreiks.

(W.B.) Paris, 3. März. Nach den Erklärungen Millerrands über die Beendigung des Streiks der Eisenbahner in der Kammer nahm diese mit 503 gegen 75 Stimmen eine Tagesordnung an, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks billigt.

### Frankreich bleibt bei der Nationierung.

(W.B.) Paris, 3. März. Millerand erklärte gestern vor Pressevertretern, die Einschränkungen in der Lebensmittelversorgung, welche schon vor dem Eisenbahnerstreik in Aussicht genommen waren, müßten aufrecht erhalten bleiben, weil die Lagerbestände abgenommen hätten. Es würden wahrscheinlich weitere vorbeugende Maßnahmen erfolgen.

(W.B.) Paris, 3. März. Die landwirtschaftliche Gruppe des Senats hat einen Antrag eingebracht, in Frankreich die Prokariats einzuführen.

## Der Bevölkerungsrückgang in Frankreich.

ml. Nach der offiziellen Statistik wurden im Jahre 1918 in den 77 französischen unbefetzten Departements 399 041 Geburten und 788 616 Todesfälle in der nicht am Kampfe beteiligten Bevölkerung gezählt, was ein **Manko von 389 575 Bewohnern** darstellt. Im Vergleich zum Jahre 1917 hob sich die Geburtenziffer um 5 5731 und die Zahl der Todesfälle um 175 468. Die enorme Steigerung der Todesziffer ist zu ihrem nicht geringsten Teil auf die Grippeepidemie zurückzuführen. Die Gesamtziffer der Geburten in den in Frage kommenden Departements stellt sich während der Jahre 1914—1918 auf 2 039 466 und die Gesamtzahl der Todesfälle in der nicht mobilisierten Bevölkerung auf 3 312 201. Der Ueberschuß der Toten über die Geburten betrug in den fünf Jahren also 1 272 735. Für die elf befreiten Departements sind die statistischen Ziffern noch nicht veröffentlicht. Man muß aber damit rechnen, daß der Gesamtvergang der Bevölkerung Frankreichs in den letzten sechs Jahren einschließlich der Kriegsverluste mindestens  $3\frac{1}{2}$  Millionen, also nicht weniger als 8 Prozent der bei der letzten Volkszählung im Jahre 1911 festgestellten Bevölkerungsziffer beträgt.

## Die Arbeitslosigkeit in Italien.

(W.B.) Mailand, 2. März. Wie der „Corriere della Sera“ meldet, befaßte sich der Ministerrat mit den notwendigen Maßnahmen zur Förderung der Wiederaufnahme der Auswanderung und der Bekämpfung der immer größeren Umfang annehmenden Arbeitslosigkeit. Es wurde beschloffen, die Auswanderung wieder freizugeben. Da die Vereinigten Staaten Bestimmungen aufgestellt haben, die eine Auswanderung unmöglich machen, wurden Verhandlungen angeknüpft, um zu erreichen, daß diese Bestimmungen gegenüber den italienischen Auswanderern wieder aufgehoben werden.

## Der ungarische Reichsverweser.

(W.B.) Budapest, 2. März. Die Nationalversammlung hat heute Admiral Nikolaus von Horthy zum Reichsverweser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und ein Ehrenhonorar von drei Millionen Kronen für den Verweser auszusprechen.

## Präsidentenwahlkandidat in Amerika.

(W.B.) Newyork, 3. März. Der Staatssekretär der Justiz, Palmer, nimmt die ihm von der demokratischen Partei angebotene Kandidatur als Präsident der Vereinigten Staaten an.

## Bemerktes.

### Das Belegen von Plätzen auf der Bahn.

In den Zügen, besonders in den Schnellzügen, nimmt das Belegen von Plätzen Formen an, die von den Reisenden überaus mißlich empfunden werden. Um das Publikum allmählich wieder zur früheren Ordnung zu erziehen, hat die bayerische Eisenbahnverwaltung fliegende Kolonnen von Kontrolleuren geschaffen, die unrechtmäßigen Belegen von Plätzen, aber auch den Schwarzfahren und Reisenden mit gefälschten und ungültigen Fahrcheinen nachspüren sollen. Die Kolonnen werden z. B. beauftragt, plötzlich einen zur Abfahrt bereit stehenden Zug zu kontrollieren oder einen Zug auf irgend einer Station zu besteigen und die Fahrkarten zu prüfen. Massenhafte Fahrkartenuntersuchung — so wurden unerlaubte Fahrten mit Bahnsteig-, Arbeiter-, Militärkarten und Freifahrtsausweise ausgeführt — sind bei solchen Streifen entbehrlich.

### Anbau von Lupinen.

In der „Deutsches Tagesztg.“ legt Hr. v. Wangenheim dar, daß der Anbau von Lupinen als große Frucht-ersparnis an Futtermitteln bei der Ernährung der Gespännntiere geeignet sei, die Gefahr zu mildern, daß im Jahre 1920 sehr große Ackerflächen aus Mangel an Düngung und rechtzeitigiger Bearbeitung unbestellt liegen bleiben.

### Der Kampf gegen die Kinderlosigkeit.

ml. In allen Ländern, in denen der Krieg fürchterliche Opfer an Menschenleben gefordert hat, ruft man nach Kindern, aber nichtbestoweniger vermehrt sich die Anzahl der Kinderlosen Ehen auf die beunruhigendste Weise. Daher schlägt man in vielen Staaten drakonische Mittel gegen Kinderlosigkeit vor, und in Italien hat man sogar ein Gesetz einbringen wollen, dem zufolge kinderlose Ehen für ungültig erklärt werden sollten. Ein englischer Bevölkerungsstatistiker hält zwar eine derartige Maßnahme für zu scharf, meint aber, daß man doch etwas tun müsse, um die kinderlosen Paare, die es absichtlich unterlassen, in dieser Beziehung ihre Pflicht gegen die Gesellschaft zu erfüllen, zur Pflichterfüllung anzubahnen. Andererseits kann aber unmöglich die Tatsache übersehen werden, daß die wirtschaftliche Frage hierbei heute eine weit größere Rolle spielt als vor dem Kriege. Vor allem sind es die, die der so schlecht dastehenden Mittelklasse „der neuen Armen“, angehören, denen es bis zur Unmöglichkeit schwer gemacht wird, sich den „Luxus von Kindern“ zu leisten. Kürzlich hat man in England die interessante Berechnung aufgestellt, daß ein Kind allein schon in seinem Geburtsmonat wegen der hohen Ausgaben für Arzt, Hebamme, Apotheker usw. 1700 Schilling kostet. Solche Ausgaben bringen natürlich eine fürchterliche Unordnung in einen genau ausbalancierten Haushalt, abgesehen davon, daß das neue Familienmitglied nun auch weiterhin alle Ausgaben verdoppelt oder vervielfacht und neue Geldopfer fordert. Die Eheleute, die sich trotzdem diese Bürde aufladen, sind natürlich in wirtschaftlicher Beziehung viel schlimmer daran als die, die freiwillig auf den „Familiensegens“ verzichten. Solche Ehen, sagt der englische Statistiker, können zwangsweise schon aus dem Grund nicht aufgehoben werden, weil es schwer ist, die Ursache der Kinderlosigkeit festzustellen; aber jedenfalls müßte Kinderlosigkeit weit mehr als bisher als Scheidungsgrund gelten.

## Ämliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Entwässerungsgenossenschaft in Oberhaugstett.

Das Statut der Entwässerungsgenossenschaft Oberhaugstett wurde von der Kreisregierung Neutlingen festgesetzt. Diese Festsetzung gilt vorerst auf die Dauer von 3 Jahren. Den Genossen ist die Einsichtnahme in das Statut beim Bevollmächtigten der Genossenschaft jederzeit gestattet.

Den 1. März 1920.

Oberamtman G. S.

## Schwedische Expedition nach dem Kaukasus.

ml. In Schweden bereitet man eine Forschungsreise nach dem Kaukasus vor, die noch im Laufe dieses Sommers abgehen soll. Urheber und Leiter der Fahrt ist der Direktor des naturhistorischen Museums in Upsala, Axel Koltzoff, der Sohn eines berühmten Konservators. Ihn werden eine Anzahl hervorragender Gelehrter begleiten, u. a. der Direktor des Botanischen Gartens Juan Oertendahl, ein weiterer Botaniker aus Upsala, ein Zoologe aus Lund, der Ethnograph Yngve Larrell, der sich bereits durch Forschungen in Australien bekannt gemacht hat, und ein Konservator. Man will das Kaukasusgebiet, das trotz seiner verhältnismäßig leicht zugänglichen Lage bisher wenig bekannt ist, nach botanischen, zoologischen und ethnographischen Gesichtspunkten durchforschen, wobei natürlich auch Grammophon und Filmkamera zu Hilfe genommen werden. Die Gebiete, die besonders den wissenschaftlichen Studien erschlossen werden sollen, sind Transkaukasien, der nördliche Teil von Rußisch-Armenien und die Gegenden um den südlichen Teil des Kaspischen Meeres.

## Deschanel als Redner.

ml. Der neue Ministerpräsident der französischen Republik genießt den Ruf eines überaus belebten und feingebildeten Redners, der sich auf der Tribüne als glänzender Stilist bewährt. In einem vom Pariser „Greffier“ veröffentlichten Brief wehrt sich Deschanel mit bemerkenswerter Bescheidenheit gegen dieses übergroße Lob mit dem Hinweis, daß es sich bei solcher Hochschätzung um eine „Illusion“ handele. „Ich habe oft bemerkt“, schreibt der Präsident, „daß die Klarheit und Deutlichkeit meiner Aussprüche den Hörern eine auch stilistische Korrektheit meiner Reden vortäuscht. Nur zu oft ist es mir passiert, daß ich bestimmte Reden, die im „Bulletin officiel“ veröffentlicht werden sollten, vor der Drucklegung von Grund auf umarbeiten mußte. In der Redaktion sagte man mir dann in einem Ton, der reichlich ironisch klang: „Korrektur brauchen Sie ja nicht erst zu lesen.“ Waren dann die Sachen aber erschienen, so bemerkte ich mit Schreden, daß viele Phrasen unkorrekt waren, daß ich nicht immer die besten Ausdrücke gefunden hatte. Nichtsdestoweniger hatte merkwürdigerweise meine klare Aussprache das Wunder zuwege gebracht, meine Hörer an die Reinheit der Gedankenführung glauben zu machen.“ Wenn Deschanel eine Rede vorbereitet, so entwirft er zunächst eine, wenn auch ganz knapp gehaltene Skizze, an deren Hand er dann an die Ausarbeitung geht. Diese Ausarbeitung erfolgt zumeist beim Spazierengehen. „Die Bewegung der Beine“, erklärt der Präsident, „erleichtert merklich die Bewegung des Gedankens. Die besten Reden — ich denke dabei an ausgearbeitete Reden — sind jene, die im Freien beim Wandern und ohne Hilfe des Bleistifts oder der Feder im Gehirn herangereift sind. Das gibt der Rede Schwung und Leben, sie wandert sozusagen mit uns.“

## Deutschland.

### Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnete die gestrige Sitzung der Nationalversammlung um 12.20 Uhr nachmittags. Auf eine Anfrage Steinkopf (S.) wurde geantwortet, daß es sich noch nicht übersehen lasse, wie weit die Arbeiten für das neue Beamtengesetz vorgeschritten seien, um eine Vorlegung desselben ins Auge zu fassen. — Auf eine Anfrage Dr. Heinze (D.) wurde geantwortet, daß seitens der französischen Regierung für die Aufträge in Sachen des Wiederaufbaus im zerstörten Gebiet eine Vermittlung der deutschen Regierung ausgeschaltet würde. Wenn künftig die Vermittlung der Reichsregierung in Frage kommen sollte, werde diese das Nötige tun, um die Interessen deutscher Firmen dabei zu wahren. — Auf eine Anfrage Baerle (Dn.) wurde geantwortet, daß die Reichsregierung seit Wochen bemüht ist, die Erleichterung des Durchgangsverkehrs durch den polnischen Korridor durch direkte Verhandlungen mit den Polen zu bewerkstelligen, bis jetzt ohne Ergebnis. Zur Zeit finden in Warschau zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen statt. — Auf den Antrag Schneider (Dn.) wurde geantwortet, daß die im Osten aufgestellten Reichswehrformationen der Reichswehr angegliedert werden. Der Uebertritt in die Reichswehr war freigestellt worden, wurde aber abgelehnt.

Es folgte die Fortsetzung der 2. Beratung des Gesetzesentwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes. Zu § 23 beantragte Abg. Zrl (Z.), daß bei außerordentlichen Wabnungen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt die Steuer von dem über die regelmäßigen Abgaben hinausgehenden Betrag nur 10 Prozent betragen soll. — Der Antrag wurde angenommen. — Ohne erhebliche Debatten wurden weitere Paragraphen in der Ausschlußfassung angenommen. — Zu § 43 (Berrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer, bei kleinen Rentnern, alters- oder erwerbsunfähiger Steuerpflichtiger) begründete Schneider (Z.) den Antrag Blund der Mehrheits- und Reichsparteien, der die Grenzen für diese Steuererleichterung keinen Sparern gegenüber noch erweitert. — Der Antrag Blund wurde angenommen.

— Anträge der Reichsparteien und der Unabhängigen auf Streichung der §§ 44—51 wurden abgelehnt, die Paragraphen selbst mit einigen Abänderungen nach Anträgen der Mehrheitsparteien angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

## Das Besitztenergesetz.

(W.B.) Berlin, 2. März. Der Reichsrat hat heute das Besitztenergesetz angenommen. Nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zum ersten Mal soll sie erfolgen von dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1922. Von den neuen Besitztenern bleiben Erbschaften frei und die Vermögensvermehrungen, die bereits durch die Kriegsteuergesetze getroffen sind. Der Tarif des alten Besitztenergesetzes, der zwischen 0,75 und 2,50 Prozent schwankte, ist auf 1 bis 10 Prozent erhöht worden. Er ist jedoch gemildert durch eine allgemeine Durchschlagung. Ein Vermögenszuwachs bis 5000 Mark bleibt steuerfrei. Ebenso werden sämtliche Vermögen unter 20 000 Mark nicht besteuert.

## Zur Abfindung der Hohenzollern.

(W.B.) Berlin, 2. März. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat und dem ehemaligen Königshaus mit den zugehörigen Anträgen an den Rechtsausschuß überwiesen.

## Unsere Flotte.

(W.B.) Berlin, 2. März. Bei dem Stationskommando der Ostsee und der Nordsee ist je ein Geschwaderverband unter dem Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee bzw. der Nordsee, ferner eine Ostseetorpedobootsflotille und eine Nordseetorpedobootsflotille mit je zwei Torpedobootshalbflottillen gebildet worden. Die Minenjägerverbände sind den Befehlshabern der Seestreitkräfte unterstellt worden. Jedem Geschwaderchef ist ein zweiter Admiral beigegeben.

## Ein neues Kreditinstitut.

(W.B.) Berlin, 1. März. Wie die Berliner „Pol.-Parlament. Nachr.“ erfahren, hat das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie entsprechend einer aus dem Reichsverband hervorgegangenen Anregung seinen Unterausschuß mit der Einleitung der Vorarbeiten für die Bildung eines Kreditinstituts der produktiven Stände beauftragt.

## Kommunalisierung der wirtschaftlichen Betriebe.

(W.B.) Berlin, 2. März. Dem Kabinett ist heute seitens des Reichsministeriums des Innern der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung von wirtschaftlichen Betrieben zugestellt worden. Es ist dies das 8. größere Gesetz, das im Laufe einer Woche im Reichsministerium des Innern fertig gestellt worden ist.

## Achtstundenschicht im Kohlenbergbau.

\* Berlin, 3. März. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ gemeldet wird, ist im Lugau-Delsniger Steinkohlenrevier auf allen Gruben die Achtstundenschicht wieder eingeführt worden.

## Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet kündigen den Tarifvertrag.

\* Berlin, 3. März. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ aus Essen berichtet wird, ist der erst vor kurzer Zeit abgeschlossene neue Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau von den Bergarbeitern ohne Angabe von Gründen bereits zum ehestmöglichen Termin zu Ende März wieder gekündigt worden.

## Wiederaufnahme der chemischen Industriebetriebe.

(W.B.) Frankfurt a. M., 1. März. Die chemische Industrie, die vor mehreren Monaten wegen Kohlenmangels ihren Betrieb fast ganz eingestellt hatte, hat ihn heute im alten Umfang wieder aufgenommen, nachdem genug Ruhrkohlen eingetroffen sind. Die bestellten amerikanischen Kohlen sind noch nicht eingetroffen.

## Die Heimkehrer aus Japan.

(W.B.) Berlin, 2. März. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der 4. Heimkehrertransport aus Japan mit circa 950 Mann heute in Wilhelmshaven eintrifft.

## Der Mangel an Kupfermünzen.

\* Berlin, 2. März. Seit längerer Zeit, schreibt das „Berl. Tagebl.“, sind keine Kupfermünzen mehr hergestellt worden. Das Finanzministerium hat sich veranlaßt gesehen, die zu zahlenden einmaligen und laufenden Beträge auf 5 und 10 Pfennig nach oben abzurunden, sodas z. B. in Zukunft statt 13 Pfg. 15 Pfg. und statt 16 Pfennig 20 Pfennig zu zahlen sind.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. März 1920.

### Die Frauen und die neue Zeit.

Für die Frauen war der gestrige Vortrag in dem Zyklus der Deutschen Demokratischen Partei bestimmt, und eine Frau war für den Abend als Rednerin gewonnen worden. Also von einer Frau für die Frauen! Die Landtagsabgeordnete Fr. Maria Reinath sprach nach einigen einleitenden Worten des Abg. Staudenmeyer vor einer zahlreich erschienenen Zuhörermenge, unter der sich erfreulicherweise auch viele Frauen befanden, über das Thema: „Die Frauen und die neue Zeit“. Man mag im Zweifel darüber sein, führte die Rednerin aus, ob die Zeit nach dem Krieg und nach der Revolution wirklich eine neue Zeit ist. Die Meinungen darüber gehen jedenfalls sehr auseinander. Tatsache ist es jedoch, daß für die Frauen eine neue Zeit hereingebrochen ist. Das zeigt sich ja schon darin, daß sie durch die Reichsverfassung und die einzelnen Landesverfassungen eine völlig neue staatsrechtliche Stellung bekommen haben. Die Frau ist im Gegensatz zur alten Zeit jetzt vollberechtigte Staatsbürgerin geworden. Auch sind die Frauen in die Verwaltung unseres staatslichen Lebens und ihren Einfluß auf die Gestaltung unseres staatslichen Lebens aus.

Wie haben sich nun die Frauen selbst zu dieser Neuzeit gestellt? Die Rednerin mußte sich selbst die Antwort geben, daß die Gesamtheit der Frauen sich der Rechte und Pflichten, die ihnen die

hängigen auf  
Paragraphe  
n der Mehr-  
Gesetzes.

hat heute das  
soll alle drei  
erfolgen. Zum  
vom 31. De-  
Erbschaften frei  
Kriegssteuer-  
erlasses, der  
bis 10 Prozent  
die allgemeine  
Mark steigt  
20 000 Mark

rn.  
Sigung der  
entwurf über  
taat und dem  
trägen an den

onskommando  
woberverband  
Stlie bezw.  
lle und eine  
edobootshalb-  
nde sind den  
rden. Jedem

„Pol. Parla-  
tsverbandes  
dem Reichs-  
schutz mit  
eines Kredit-

Betriebe.  
ute seitens des  
sches über die  
gestellt worden.  
ner Woche im

bau.  
ng. gemeldet  
allen Gruben

ndigen

aus Essen  
ne neue La-  
von den Berg-  
möglichen Ter-

riebetriebe.  
ische Industrie,  
ihren Betrieb  
Anfang wieder  
sen sind. Die  
trossen.

ur Kriegs- und  
ort aus Japan  
entfällt.

en.  
ibt das „Berk-  
worden. Das  
zahlenden ein-  
inig nach oben  
Pfg. und statt

3. März 1920.

it.

em Zyklus der  
nimmt, und eine  
worden. Also  
geordnete Pl.  
worten des Abg.  
Zuhörermenge,  
nden, über das  
tag im Zweifel  
nach dem Krieg  
ist. Die Mei-  
Lafache ist es  
ochen ist. Das  
fassung und die  
rechtliche Stel-  
zur alten Zeit  
erworden. Auch  
und über dort  
Lebens aus.

er Neuheit ge-  
geben, daß die  
n, die ihnen die

neue Zeit gibt, noch nicht bewußt sind, und daß sie noch nicht dar- nach handeln. Kurz nach den Wahlen zur Nationalversammlung hatte es zwar den Anschein, als ob die Frauen in der Gesamtheit das Neuartige in ihrer Lage und deren Bedeutung in ihrer ganzen Tragweite erfaßt hätten, aber dies war eine Täuschung. Viele Frauen haben seither in ihrem politischen Interesse nachgelassen, und viele lehnen die neue Zeit vollständig ab. Dies müßte anders werden. Wenn nicht alle Frauen sich politisch betätigen, indem sie ihre neuen Pflichten ausüben, dann ergibt sich ein falsches Bild. Jede Kraft muß aus dem Volk herausgeholt werden zum Wohl des Staates; auch die weibliche Eigenart muß zur Auswirkung für das öffentliche Leben kommen. Die neue Zeit hat für die Frauen eine Menge neuer Aufgaben gebracht. Jede Frau ist verpflichtet, Stellung zu den Staatsgeschäften und zu allen Fragen des öffentlichen Lebens zu nehmen, denn auf irgend eine Weise hängt jede Frage auch mit dem Einzelleben der Frau zusammen. Deshalb muß die Frau auch Staatsbürgerin neben ihrem Beruf als Frau sein.

Die Rednerin zeigte nun an zahlreichen Einzelbeispielen, wie notwendig es ist, daß die Frauen in der Gesamtheit sich um die großen politischen Fragen kümmern. Sie zeigte sich bei den Frauen noch nicht das verantwortliche Solidaritätsgefühl in der Forderung, daß für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gewährt werde ohne Ansehen der Person. Die Frauen hätten wohl die Rechte der neuen Zeit angenommen, aber die neuen Pflichten wollen sie nicht auf sich nehmen. Es fehlt der Frau noch das erhöhte Verantwortlichkeitsgefühl für die andern. So kann die Frau viel leisten auf den Gebieten der Wohnungsfürsorge, der Wohlfahrtspflege, der Armen- und Erwerbslosenfürsorge oder gar erst auf dem Gebiet der Säuglings- und Kinderfürsorge. Hier kann überall die Frau sehr viel tun, wenn sie sich um das staatliche und öffentliche Leben kümmert und von ihren Rechten und Pflichten Gebrauch macht. Auch bei der Durchführung der Jugendämter kann die Frau ihren Einfluß geltend machen. Ein weites Gebiet für die Betätigung der Frau ist ferner die Schule. Die Frau muß hinauswachsen über den engen Kreis der Familie und des Familienlebens; sie muß lernen, das eigene Familienleben im Zusammenhang mit dem Volksganzen zu betrachten. zu lernen

Die Frage erhebt sich nun, ob die Frau fähig ist, den Blick über die Familie hinaus zu wenden. Heute sind leider sehr viele Frauen noch nicht dazu fähig. Vielfach ist daran ihre Erziehung, die sogen. „Mädchenerziehung“ schuldig. Haus und Schule und die Berufserziehung müssen hier eingreifen. Möglichst viele Frauen sollen Frauenberufe ergreifen können. Die Frauen müssen bewußt darnach streben, daß sie größere innere Anteilnahme an dem Staatsganzen zeigen. Deshalb muß schon bei der Jugend mit der staatsbürgerlichen Erziehung begonnen werden. — Die Verfassung hat den Frauen theoretisch wohl alle staatsbürgerlichen Rechte gegeben, denn nach ihr haben Frauen und Männer „grundsätzlich“ die gleichen Rechte. In der Praxis ist die Frau trotzdem sehr im Nachteil, denn von vielen Aemtern ist die Frau in der Praxis noch ausgeschlossen. Hier muß eine Befreiung der Frau von der männlichen Beherrschung erteilt werden. Die Rednerin ging noch auf das Eherecht ein, das in dem früheren männlich orientierten Staat nicht zu Gunsten des Mannes urteilte; auch hier müsse das Eheleben durch Gesetz geregelt werden, die Mann und Frau gleich beurteilen. Da der Staat von der Frau alle staatsbürgerlichen Pflichten fordert, darf die Frau auch alle Rechte für sich verlangen.

Abg. Staudenmeyer sprach der Rednerin für ihre Ausführungen den Dank der Versammlung aus. Ein Diskussionsredner, der offenbar in dem Irrtum lebte, daß er sich in einer Wahlversammlung befinden, errang sich einen billigen Erfolg, indem er die durchaus sachlichen Ausführungen der Rednerin in nicht sehr takt-

voller Weise ins Lächerliche zog. Durch ihre sachliche Entgegnung und Richtigstellung gewann jedoch Fel. Keimath die Zuhörer für sich. Ihre Ausführungen wurden mit reichem Beifall gelohnt.

### Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Am Samstag fand im Bad. Hof eine schlichte Begrüßungsfeier für die aus langer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Kriegskameraden statt. Die Fete, die von den Kameraden der sogen. „Calwer Garde“ veranstaltet war, bot in einem gutdurchgeführten, wechselvollen Programm Ernstes und Heiteres. Nach wohlgeleitungen musikalischen Darbietungen durch die Damen Emma und Hilde Lamparter, die Schwestern Schaufelberger und die Herren Kreuzberger, Haug und Berner, und nach gemeinsam gesungenem Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ begrüßte Herr Hauser seine Kameraden und die zahlreich erschienenen Gäste mit einem herzlichen Grüßwort. Es folgten dann eine Reihe trefflicher musikalischer Vorfürungen, lebender Bilder und Couplets, um die sich die Damen Hauser, Huger und die Herren Kreuzberger, Hauser und Ott verdient machten. Die Darbietungen fanden alle stürmischen Beifall. In beredten Worten dankte Herr Essig für das Gebotene und wies darauf hin, mit welcher bescheidenen Mitteln doch ein sehr genussreicher und gemütlicher Familienabend zuwege gebracht werden kann.

### Vom Landtag.

Der Landtag nimmt am Dienstag, 9. März, nachmittags 4 Uhr seine Vollsitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen eine Anfrage des Abg. Scheef wegen Zerlegung des württ. Staatsgebiets in zwei Oberpräsidialbezirke und eine solche von Scheef-Wulle über leerstehende Kasernenräume, eine Reihe von Ausschüßanträgen zu verschiedenen Eingaben. — Der Volkswirtschaftliche Ausschüß tritt am kommenden Donnerstag zusammen zur Behandlung von Eingaben. U. a. liegt eine solche vor wegen Freigabe des Tabaks aus der Ernte 1919 und eine betr. die Förderung der inländischen Kerzenerzeugung. — Dem Landtag ist nun der Gesetzentwurf betr. die Umbenennung der Landesfeuerwehrordnung vorgelegt. Er umfaßt 3 Artikel. Danach sollen Feuerwehrpflichtige, die keinen Dienst leisten oder aus besonderen Gründen von der Pflichtfeuerwehr entbunden werden, eine Jahresabgabe von 5—50 Mark bezahlen (seither 1—20 Mark).

### Unsere Ernährungslage.

Ernährungsminister Graf gab kürzlich über die Verhältnisse bei Hafer, Getreide und Nahrungsmitteln der Presse eine Darstellung. Bei der Getreide hat Württemberg im vorigen Jahr im Reichsrat den Antrag gestellt, alle Staaten gleichmäßig mit Getreide zur Biererzeugung zu beliefern und das bayrische Sonderrecht mit 15 Proz. des Friedensjahres zu besetzen. Württemberg wurde dabei von Baden und Hessen unterstützt, Preußen und Bayern lehnten den Antrag ab. In Wirklichkeit sind bisher nur etwa 5 Proz. des Friedensbedarfes für die Brauereien abgegeben worden. Die Getreidebelieferung an Brauereien soll nicht ganz unterbunden werden. Die Freigabe des Hafers führte unerträgliche Zustände herbei, weshalb im nächsten Wirtschaftsjahr auch für Hafer die Zwangswirtschaft eingeführt wird. Die Ablieferung in den einzelnen Bezirken ist durchschnittlich zur Hälfte erfüllt, sie erfolgte allerdings sehr unterschiedlich, so daß einzelne Bezirke vollständig, andere überhaupt nichts von ihrer Lieferpflicht erfüllten. Bei einem Ablieferungspreis von 20,25 Mark für den Zentner kann die württ. Regierung nicht

mit Zwangsmahnahmen vorgehen. Dessen ist dazu übergegangen, einen Preis von 60 Mark zu gewähren. Mit Nahrungsmitteln können in der neuen Monatsperiode nur Kinder, Greise und Kranke beliefert werden. Von einer Herabsetzung der Zufuhrmenge will man absehen. Doch wird im neuen Wirtschaftsjahr eine besondere Versorgung mit Einmachgütern nicht eintreten können.

### Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs an Sonntagen?

Bei den württ. Staatsbahnen soll der Sonntagsverkehr wieder durchgesetzt werden, trotz der großen Schwierigkeiten, die diesem entgegenstehen. Die Fahrpläne liegen bereit, es fehlen nur die Kohlen. Der Kohlenvorrat für die württ. Staatsbahnen reicht gegenwärtig nur noch 5 Tage. Unter diesen Umständen muß zunächst noch eine Besserung der Kohlenbelieferung abgewartet werden.

### Die Finanzlage in Württemberg.

Die württ. Finanzlage wird durch den Uebergang von Eisenbahn und Post an das Reich wesentlich beeinflusst. Der Etat von 1918 schloß mit einem Abmangel von rund 34 Millionen Mark. Der tatsächliche Abmangel betrug aber nur 10 Millionen Mark, weil das Restvermögen des Jahres 1917 herangezogen werden konnte, von dem noch 4 Millionen übrig blieben. Das Jahr 1919 ist ungünstiger, denn es zeigt einen Abmangel von 96 Millionen Mark, dazu bei den Verkehrsanstalten 143 Millionen Mark. Die fundierte württ. Staatsschuld beträgt auf 31. März ds. Jrs. 823 Millionen Mark, die schwelende Schuld 90 Millionen Mark. Württemberg und Baden geben die Eisenbahnen zum Anlagewert ab. Die anderen Staaten erhalten den Ertragswert samt einem Zuschlag um die Hälfte der Differenz zwischen Ertrags- und Anlagewert. Unsere Finanzen werden nun eine Sanierung erfahren. Die Zinsen, die das Reich für die 1,65 Millionen Mark für Uebernahme der Eisenbahn und Post entrichtet muß, werden trotz Uebernahme des Personals der Eisenbahn, Post und Finanzen, rasch durch die neue Forderungsordnung, die zum 1. April in Kraft tritt, aufgezehrt sein. Es wird außerordentliche Mühe kosten, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten, denn die Einnahmen des Staates sind lange nicht in dem Maße gestiegen, wie die Ausgaben gemachsen sind. Auch werden die Steuerbeträge künftig erheblich niedriger sein.

### Ankauf von Silbergeld durch die Post.

Die Postdienststellen sind von der Reichsbank bevollmächtigt worden, Reichsilbermünzen zur Ablieferung an die Reichsbank anzukaufen. Die Preise sind die gleichen geblieben und betragen dasfache des Nennwerts der Geldstücke.

\* Hirsau, 3. März. Wie wir erfahren, ist gestern Nachmittag um 3 Uhr ein Langhofsfuhrwerk auf der Steige Althengrütt-Hirsau verunglückt. Das Fuhrwerk kam dadurch ins Rutschen, daß die Kette des Radschuhs brach. Ein Pferd wurde getötet, das andere ist schwer verletzt und wird wahrscheinlich ebenfalls verenden.

(S. B.) Stuttgart, 2. März. In einer gutbesuchten Versammlung wurde neulich hier eine Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform gegründet.

(S. B.) Stuttgart, 2. März. Hier soll eine Genossenschafts-Weinbaugebiet gegründet werden, um eine billigere Fleischversorgung für weniger Bemittelte herbeizuführen. Es werden Anteilskheine von 10—30 Mark ausgegeben. Grundsätzlich soll auch richtiges Gewicht den Kunden gegeben werden.

Für die Schriftl. verantw.: J. Vertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. B. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Buttermarke Nr. 3 kann eingelöst werden. Auf 1 Marke entfällt 62 1/2 Gramm Margarine.  
Am Freitag, den 5. ds., vormittags von 8—12 Uhr können Wahl- und Deckschlag-Scheine beim Stadtschultheißenamt beantragt werden.

### Kommunalverband Calw. Lebensmittelverteilung für die Landorte.

Auf Bezugsmarke Nr. 23 kommen pro Person zur Verfügung:  
a) Sago 90 Gr. zu Mk. 1.60 das Pfd.  
b) Anst. Haferflocken u. -Grüße 225 Gr. zu Mk. 1.70 d. Pfd.  
c) Röhre 200 Gr., Hartkäse zu Mk. 2.75, Weichkäse zu Mk. 2.75 und Delikatess. zu Mk. 2.90 das Pfund je nach Vorrat.  
Die leeren Kisten von der letzten Käsebelieferung sind mitzubringen.  
Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am 15. ds. Mts. beendet.  
Calw, den 2. März 1920.  
Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

**2 Kunstgießer-Lehrlinge**  
Suche für sofort oder  
Ostern  
Ein kräftiger, braver  
**Junge,**  
welcher Lust hat, die Brot- und Feinbäckerei zu erlernen, wird auf Ostern angenommen.  
Brot- und Feinbäckerei  
Wilhelm Möhner,  
Pforzheim, Alstädterstr. 7

Schömburg N. Neuenbürg.  
**Bergebung von Dohlenbauarbeiten.**  
Zur Entwürferung der Liebenzeller und Schwarzwalddorfer Straße hier, sind an einen Unternehmer zu vergeben u. a.:  
Erdarbeiten 1600 cbm,  
Betonarbeiten 52 cbm,  
Verlegung von Steinzeug- und Zementröhren verschiedener Lichtweite zusammen rund 1200 laufende Meter.  
Die Bedingungenunterlagen liegen auf dem Rathaus zur Einsichtnahme auf. Angebote sind unter Benennung der vom Schultheißenamt erhältlichen Bedingungenauszüge unterzeichnet und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens bis Dienstag, den 9. März, vorm. 10 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen, woselbst zu demselben Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote stattfindet. Zuschlagsfrist 6 Tage.  
Schömburg N. Neuenbürg, den 2. März 1920.  
Schultheißenamt: Hermann.

**2 Mädchen**  
gesucht für sofort oder 15. März, eines für Zimmer und Mithilfe im Haushalt, das andere für die Küche, letzteres kann das Kochen erlernen.  
Frau Schmid, Gasthaus z. Kreuz, Gernsbach, Murgtal

**Mädchen**  
gesucht für besseren Haushalt, nicht unter 19 Jahren, bei hohem Lohn.  
Frau Emma Burghard, Pforzheim, Zerrnenstr. 1.

**15 jähriges Mädchen,** welches Weisnähen kann,  
**sucht Stelle als Kindermädchen,** womöglich aufs Land  
Näheres zu erfragen bei  
Karl Bühler, Sechingen

**Mädchen**  
von 18—20 Jahren auf 1. April gesucht.  
Frau Maier z. Schwane.

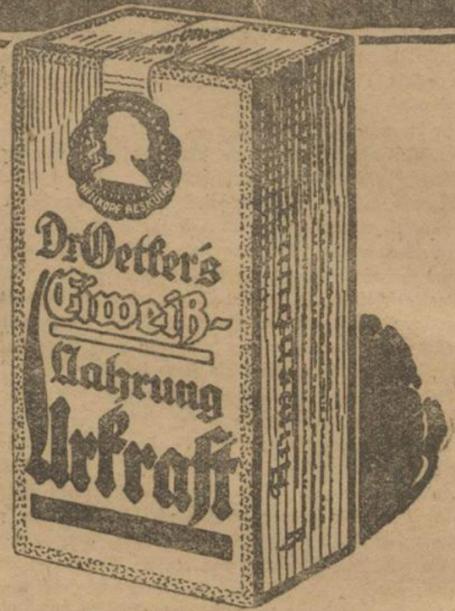
**Verlaufen**  
ist mir am Sonntag eine **Schnauzer-Hündin** Salz und Pfeffer. Vor Ankauf wird gewarnt.  
Friedrich Mann, im Gäßle, Holzbrunn.  
Habe noch zirka **1000 großbeerige Johannis- u. Stachelbeer-Stöcke** abzugeben, sowie verschiedene Sorten **Zwergbäume**  
Michael Frommer, Baumw., Weltenchwann

**Röhm-Gesuch.**  
Für sofort wird eine Herrschaftsköchin zu zwei Personen nach Stuttgart gesucht, die auch die Haushaltsgeschäfte mit übernehmen würde. Hoher Lohn bei guter Behandlung und vollständig selbständiger Stellung.  
Nähere Auskunft wird auf der Geschäftsstelle des Blattes erteilt.  
Für sehr gutgehenden Massenartikel wird tüchtiger **Bezirksvertreter** gesucht, dem hohe Verdienstmöglichkeit geboten wird. Angebote erbleien unter S. E. 9538 an Rudolf Woffe, Stuttgart.

**Nächsten Sonntag, den 6. März, 7 Uhr abends öffentlicher Lichtbilder-Vortrag**  
des Herrn Studienassessor Dr. Schrey aus Cannstatt über das Thema:  
**„Schwaben und Elßaß, historische, literarische und völkische Beziehungen“ in Liebenzell**  
Gasthaus zum „A dler“.  
Eintritt: Erwachsene 2 Mark, Jugendliche 1 Mark. (Erlös zu Gunsten bedürftiger Vertriebenen.)  
Ortsgruppe Liebenzell d. Württ. Vereinigung der aus Elßaß-Lothringen Vertriebenen.

**Nächste Brennholz-Zuweisung**  
am Freitag, den 5. März 1920, nachmittags von 2—4 Uhr an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A u. B.  
Mit dieser Verteilung ist die Holzversorgung 1919 abgeschlossen.  
Calw, den 3. März 1920. Stadtpflege: Frey.  
Stadtgemeinde Calw.  
**Latrinen-Entleerung.**  
Um einen Ausgleich in der Nachfrage wegen Latrine zu schaffen, wird bis auf Weiteres bestimmt:  
Von Freitag, den 5. bis einschließlich Mittwoch, den 10. ds. Mts. findet Abgabe nur an Calwer Grundstücksbesitzer statt.  
Von Donnerstag, den 11. bis 18. ds. Mts. wird Latrine an Auswärtige abgegeben.  
Die Abgabezeit ist nunmehr von morgens 7 Uhr bis abends 5 Uhr (Samstags ausgenommen) festgesetzt.  
Calw, den 3. März 1920.  
Stadtbauamt: Herbolzheimer.

# Kranke essen zur Kräftigung täglich Dr. Detker's Eiweiß-Nahrung Urkraft



Ärztlich empfohlen.  
Zu haben in Schachteln à 100 gr. Preis M. 5. in  
Apotheken u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an  
Trocknungswerke Detker & Co. G.m.b.H.  
Bielefeld.

Paul Rächle, vorm. J. Stendle  
Calw, am Markt. Fernsprecher 111.

Geschäftshaus für  
Bekleidung und  
Ausstattung.

Vin Mittwoch, den 3. März nachmittags  
von 1/2 4—1/2 6 Uhr im Hotel  
„Abler“ in Calw, Zimmer  
Nr. 3, und kaufe  
alte Gebisse, sowie einzelne Zähne,  
Brennstifte zu allerhöchsten Preisen,  
kein Zahn unter Mk. 12.—  
bis Mk. 100.—

Gebisse bis Mt. 800 und mehr.

**Hafer kaufen zu hohen Preisen!**  
Kohler & Pflaum, Weilderstadt.

**Heu,**  
ca. 15-20 Ztr., verkauft  
Christ. Frank, Schreiner-  
meister, Liebenzell.  
Zirka 12-15 Zentner  
**Heu**  
hat zu verkaufen.  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

**Zwei Hühner,**  
18er oder 19er gesucht, sowie  
ein stattlicher  
**Hahn,**  
Minorka- oder Ital. Rasse.  
Zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle des Blattes.

Einige Zentner  
**Heu**  
verkauft  
Wentsch, Wwe., Altburg.  
Eine schöne Rehpinscher-  
**Hündin**  
verkauft  
M. Schwämmle,  
Windhof, bei Calw.

**Maulwurfs-  
Fallen**  
eingetroffen  
F. Volz,  
Oberreichenbach.

Ottensbronn, 2. März.  
†  
**Todes-Anzeige.**  
Freunden und Be-  
kannnten geben wir die  
schmerzliche Nachricht,  
dass unsere lb. Mutter  
**Kath. Großhans**  
Witwe,  
nach kurzer Krankheit  
zur ewigen Ruhe ein-  
gegangen ist.  
Die trauernden  
Geschwister.  
Beerdigung Donner-  
stag mittags 1 Uhr.

**Kropf! Dicken Hals!**  
beseitigt Apoth. Raitelhubers  
**Kropfgeist!**  
Stetige Anwendung  
meines Kropfpulvers erhöht  
und beschleunigt die Wirk-  
ung. Preis des Pulvers  
Mk. 3.50 Preis des Kropf-  
geistes Mk. 5.—. Porto und  
Packung extra! Allein durch  
Hofapotheke Hechingen  
Hohenz.

**KAPPE**  
in billigen wie  
besten Sorten, roh  
und jede Woche  
frisch gebrannt  
empfiehlt bestens  
**C. Serva.**  
Telefon 120.

**Zur Saat**  
empfehle  
Rothleefamen  
Luzerne (Ewiger  
Klee) selbst  
Gelbklees  
Timothy (Fuchschwanz)  
Bicken  
Gartenfasen aller Art  
in bester heimischer Ware  
Otto Jung,  
Landesprodukte.

Alzenberg.  
Einige Zentner schöne  
**Aepfel**  
hat noch abzugeben  
Fr. Löcher.

für  
**Stoffe** Waschkleider  
sowie für  
**Damenblusen**  
schwarz-weiss und farbig  
**Friedrich Deyle, Calw, Bahnhofstr.**

**Achtung! Achtung!**  
**Geschlechtsanzeiger und Eier-  
Prüfer „Ki-tri-ti“**  
Landwirte und  
Geflügelhalter schützt  
sich vor Schäden,  
kauft sich den über-  
all anerkannten unter Garantie sicher anzeigenden Eier-  
prüfer „Ki-tri-ti“. Bei den heutigen Eierpreisen macht  
sich der Apparat schon bei dem erstmaligen Gebrauch dop-  
pelt bezahlt. — Auf Wunsch wird derselbe auch durch die  
Post per Nachnahme zugesandt.

Alleiniger Vertreter für den Schwarzwald-  
kreis R. Ott, Calw, Salzgasse 65.

**Landwirtschaftliche  
Maschinen**  
und  
**Geräte aller Art**  
sowie  
**Siebe und Drahtwaren**  
empfiehlt  
**Gg. Wackenhuth.**

Kleineres  
**helles Lokal**  
für besseres, ruhiges Ge-  
schäft sofort oder später zu  
mieten gesucht.  
Schriftliche Anträge unter  
L 52 an die Geschäftsstelle  
des Blattes erbeten.

Älteres  
**Fahrrad**  
oder 2 einzelne, gleiche  
Räder möglichst mit Be-  
reifung zu kaufen gesucht.  
Angebote mit Preisangabe  
erbeten an Fr. Ziegler,  
Röttenbach.

**4 Bienen-  
Kästen,**  
fast neu, Bad. Maß, 3 Etag.  
circa 120 Rahmen zum Teil  
ausgebaut und sonstigem Zu-  
behör günstig zu verkaufen  
evtl. würde auch junge  
Legehühner eintauschen.  
H. Haager, Liebenzell.

Einige vorzügl. erhaltene  
**Pianinos**  
in schwarz, nußb. u. eichen  
Friedensware, abzugeben.  
G. L. Nagel, Heilbronn  
Fernsprecher 173.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und  
Bekanntete zu unserer am Samstag, den 6. März  
1920 stattfindenden

## Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Abler“ in Ottensbronn  
freundlichst einzuladen.

**Jakob Hammann,**  
Sohn des † Daniel Hammann, Ottensbronn,  
**Katharine Schroyth,**  
Weinberg.

Abrgang 12 Uhr in Hirsau.

## Möbliert. Zimmer

von jungem Mann von besserem Hause gesucht, wenn  
möglich mit Kostl.

Angebote unter S C 53 an die Geschäftsst. des Blattes.

**Zieh-  
harmonikas**  
alte, können auf neue  
eingetauscht werden.

An- und Verkauf  
von gebrauchten Harmonikas  
im Reparaturgeschäft für  
Ziehharmonikas bei  
**E. Hohnlofer,**  
Pforzheim, Bergstraße 27.

Zu verkaufen ein Paar lange

**Stiefel**  
Größe 43 und ein Paar  
**Gummi-  
Wasserstiefel.**  
Zwinger 204.

Ein Paar bereits noch neue  
**Offiziers-  
Stiefel**  
Nr. 41 hat zu verkaufen.  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

Ein  
**Doppelflander**  
mit Holzgrenden hat, weil  
entbehrlich, zu verkaufen  
**Georg Kentschler,**  
Zavelstein.

**Schnupftabak-  
Schmalzler**  
ist eingetroffen.  
R. Ott, Salzgasse.

**Friedensstoff,**  
geeignet zu Kostüm, Mantel  
oder Anzug, zu verkaufen  
oder gegen Lebensmittel ein-  
zutauschen.  
Hirsau Nr. 150.

**Gehrock-Anzug**  
mittlere Größe, hat zu ver-  
kaufen  
**G. Bacher, Schneltern.,**  
Bischhoffstr.

Verkaufe einen noch gut-  
erhaltenen  
**Rindertwagen**  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

**Wohnungs-  
Gesuch.**

1 4-Zimmerwohnung,  
eventl. möbliert, sofort zu  
mieten gesucht. Angebote  
unter C 53 an die Ge-  
schäftsstelle des Blattes.